

Notizen von der Querfront (Juni '24)

Krieg oder Frieden?

Franz Müntefering schimpft wie ein Rohrspatz: Die Wagenknecht habe „nicht alle Tassen im Schrank“, weil sie im Europawahlkampf die Scheinalternative „Krieg oder Frieden“ plakatieren lässt. Gemach, der vitale SPD-Pensionär sei daran erinnert, dass seine Partei einst in einem NRW-Landtagswahlkampf 1980 mit derselben Parole die Gemüter erhitzte. Damals ging es um die NATO-Nachrüstung, den Überfall des senilen Breschnew auf Afghanistan und den darauffolgenden Olympia-Boykott des um seine Wiederwahl besorgten US-Präsidenten Jimmy Carter.

Kevin Kühnert hat gute Gründe, sich von Wagenknechts toxischem Friedensverständnis abzusetzen, denn in ihrer demagogischen Schuldumkehrparole >Krieg oder Frieden< steht die NATO für den Krieg und der angeblich verhandlungswillige Putin für einen vom Westen verhinderten Frieden, bei dem der Ukraine mit einer Kapitulation offenbar am besten gedient sein soll.

Dennoch: Hinter der Kriegskeule der damaligen NRW-SPD wie des heutigen BSW verbirgt sich durchaus auch Ähnliches: eine irreführende kryptopazifistische Besetzung des Friedensbegriffs samt weitestmöglicher Kremlverschönerung.

Vorgeschichtler

Der Brandt-Sohn Peter scheint in diesen kriegerischen Tagen eine neue Disziplin entdeckt zu haben – die des Vorgeschichtlers. Jedes Mal, wenn weitere Verbrechen des

Schurkenstaatlers Putin ans Tageslicht kommen, treten Brandt jr. und die Seinen auf den Plan, um uns daran zu erinnern, dass die Untaten des Kreml eine Vorgeschichte hätten, die auf das provokatorische Konto des Westens gingen.

Der Vorgeschichtler ist kein akribischer Ursachenforscher im wohlverstandenen historiografischen Sinne. Schon eher tritt er als Verbrechensverstehbarmacher und damit in der Konsequenz als moralischer Entlastungszeuge von totalitären Regimen auf. Wenn es gegen Amerika oder den Westen geht, ist der whataboutistisch geschulte Vorgeschichtler ein Schuldumkehrer aus Leidenschaft.

Prominente historische Vorfahren des Vorgeschichtlers waren all jene, die die Naziverbrechen ohne die Vorgeschichte des Versailler Vertrags nicht verstanden wissen wollten. Nur NS-Apologeten konnten behaupten, dass Versailles nach Auschwitz führte. Für die prorussische Querfront unserer Tage - von Höcke bis Wagenknecht - ist die NATO-Osterweiterung gleichsam zum Ersatz-Versailles geworden.

Putin kann morden, was sein Militär hergibt, - die Zivilbevölkerung in Cherkiv bombardieren, die Infrastruktur zerstören, Kinder verschleppen, Frauen vergewaltigen und Oppositionelle beseitigen lassen – seine deutschen Apologeten von Krone-Schmalz bis Brandt-Sohn Peter ziehen immer die eine Karte von der *Vorgeschichte*. Und je mehr Putin morden lässt, desto mehr schwillt für den Vorgeschichtler das provokatorische Schuldkonto des Westens an. Was fehlt, ist die Empathie gegenüber den ukrainischen Opfern und eine glaubwürdige moralische Verurteilung des russischen Jahrhundertverbrechens. Seine formelle Distanzierung vom nicht zu leugnenden Faktum eines „Angriffskriegs“, zu der er sich der Vorgeschichtler gerade

noch herablässt, kommt nur als schludrig verschluckte Phrase knapp über der Pflichtschuldigkeitsgrenze daher.

Friedensmissionar Schröder

Das Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg weist die Klage des prorussischen Ex-Kanzlers Schröder auch in zweiter Instanz ab: Er hat keinen Anspruch auf ein staatlich finanziertes Bundestagsbüro. Konkret handelt es sich dabei um sieben Büroräume und fünf Mitarbeiter.

Der Haushaltsausschuss des Bundestags hatte 2022 nach dem Beginn des Überfalls auf die Ukraine die Stilllegung seines Büros beschlossen. Zuvor hatten angestellte Mitarbeiter bereits ihre Verträge gekündigt, weil sie „Putins Laufburschen“ (*Nawalny über Schröder*) nicht länger dienen wollten. Er nehme keine Verpflichtungen im Zusammenhang mit seiner früheren Tätigkeit mehr wahr, befand der Haushaltsausschuss. Der Kreml-Agent sieht dies naturgemäß anders, wertet er doch inzwischen seine Kumpanei als möglicherweise friedensschaffendes Vermittlungskapital auf.

Das OVG sieht aber keinen Rechtsanspruch auf die Bereitstellung von Büro und Personal durch den Staat. Schröder argumentiert dagegen, er halte sich für eine Vermittlerrolle im Ukraine-Krieg bereit – Sahra Wagenknecht hat ihn bereits dafür vorgeschlagen ! – er benötige aber finanzielle Unterstützung und ausreichend Personal. Als er auf Bitte der gerade überfallenen Ukraine 2022 einen Vermittlungsversuch bei seinem Busenfreund im Kreml gestartet haben will, seien erhebliche Kosten angefallen. So etwas könne man nicht privat organisieren. “Ich will hier nur deutlich machen, dass solche Gespräche nur entstehen wegen

meines früheren Amtes“, Unsinn – wegen seiner „guten“, als zweckdienlich unterstellten Kontakte zum Völkermörder Putin. Sonst hätte sich die Ukraine ja auch hilfeschend an Angela Merkel wenden können.

Die Schamlosigkeit sucht ihresgleichen, mit der Putins Schröder nunmehr die akute Hilfsbedürftigkeit der von seinem Freund systematisch zerstörten Ukraine für seine zurückgewiesenen Rechtsansprüche missbraucht. Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig. Der moralisch im Off gelandete Ex-Kanzler dürfte sich auch die nächste Instanz nicht entgehen lassen - ungeachtet geringer Chancen. Wir werden ihn also partout nicht los. Denn er tourt gerade, auch vor Gericht, für die Monster in Moskau und zum Schaden seiner Partei. Gefühle wie bei Trump lassen sich kaum verbergen.

Der Klügere verschwindet wenigstens

Im Vergleich dazu gebührt - völlig unverhofft - dem früheren stellvertretenden Leiter des deutsch-russischen Forums, Matthias Platzeck, geradewegs ein Sonderlob. Denn er verschwand mit Beginn des Ukraine-Überfalls von der Bildfläche, mit der hochblamablen, in SPD-Kreisen aber mehrheitsfähigen Begründung, sich in Putin all die Jahre getäuscht zu haben.

Platzeck versprach, sich in Sachen Russland künftig dünne zu machen und erweckte dabei sogar den Eindruck eines Anflugs von Restschamgefühl. Das selbstgewählte Verschwinden in der Versenkung schien die einzig angemessene Reaktion auf seine jahrelangen schwerwiegenden Irrtümer im Umgang mit dem Schurkenstaat.

So hatte er 2014 die geforderte Anerkennung der Krim-Annexion mit der deutschen Volksweisheit „Der Klügere gibt nach“ zu begründen versucht und Herzbluten gestanden darüber, dass die Kanzlerin nach der Krim-Eroberung und dem Überfall auf die Ostukraine auf dem Roten Platz am 9. Mai durch Abwesenheit glänzte.

Als der „Oberrusse“ – so sein jahrelang ihn schmeichelnder Spitzname in der servilen SPD-Moskau-Connection - zur Verhaftung von Nawalny nach dessen Rückkehr 2021 in einem Interview mit dem Deutschlandfunk um einen telefonischen Kurzkomentar gebeten wurde, schlich er sich feige davon: Er kenne sich in rechtlichen Fragen nicht so aus. Einen schlankeren Fuß konnte man sich zu Putins Verbrechen nicht machen. Es sei denn, man bezeichnete wie Schröder wenig später die Aggression gegen die Ukraine verharmlosend als „Fehler“.